

**21. Ordentlicher Landesparteitag des FDP-Landesverbandes Thüringen**  
**am 13. September 2008 in Zeulenroda**

Seite 1 von 9

Leitantrag

**Antragsinhalt:** Leitantrag – Die Kraft der Freiheit

**Antragsteller:** Uwe Barth, MdB, Patrick Kurth, Franka Hitzing, Lutz Recknagel und Landesvorstand

**Der Landesparteitag möge beschließen:**

**Die Kraft der Freiheit**

**Thüringen real**

Zu keinem Zeitpunkt wurden die Menschen in Deutschland und Thüringen derart mit Steuern und Abgaben belastet, wie in den letzten Jahren, die seit Amtsantritt der schwarz-roten Koalition beschlossenen und in Kraft getretenen Steuererhöhungen sind die größten seit Bestehen der Bundesrepublik. Die Erhöhung der Mehrwertsteuer, von der SPD im Bundestagswahlkampf kategorisch ausgeschlossen, ist dabei nur die Spitze des Eisberges. Die Bundesregierung hob die Versicherungssteuer auf 19% an erhöhte den Spitzensteuersatz von 42% auf 45%. Die Liste der schwarz-roten Belastungsgesetze umfasst inzwischen mehr als 20 Positionen. Die Eigenheimzulage, die degressive AfA und die Abzugsfähigkeit von Steuerberatkosten wurden abgeschafft. Die Pendlerpauschale wurde gekürzt und die Altersgrenze für das Kindergeld gesenkt. Der Sparerfreibetrag wurde halbiert und wer im Dezember heiratet muss neuerdings beweisen, dass er dies nicht aus steuerlichen Gründen tut. Die Biokraftstoffsteuer wurde zum 01.08.2006 eingeführt und zwei Jahre später auf nunmehr 15 Cent je Liter erhöht, weitere 6 Cent sollen bis 2012 jedes Jahr folgen. Im Rahmen der Unternehmenssteuerreform wurden mit der Einführung der Zinsschranke und der Abgeltungssteuer auf Veräußerungsgewinne, der Einbeziehung von Mieten, Pachten, Zinsen usw. in die Gewerbesteuer sowie Einschränkungen beim Mantelkauf teils drastische Erhöhungen der Steuern beschlossen, was insbesondere mittelständische Unternehmen trifft. Weitere Beschlüsse verschlechtern die Bedingungen bei Unternehmensübergaben und bei Erbschaften.

All dies wurde beschlossen, ohne dafür durch ein einfaches, niedriges und gerechtes Steuersystem Entlastungen zu schaffen. Ein Ende der Fahnenstange ist nicht in Sicht. Im Gegenteil: die staatliche Abzocke geht weiter. Ab 1.1. 2009 verteuert zum Beispiel der Gesundheitsfond das Leben. Der durchschnittliche Versicherungssatz von derzeit 14,2% in Thüringen wird voraussichtlich auf einen bundeseinheitlichen Satz von 15,8% steigen! Dies wird nicht nur für die Versicherten, sondern ebenfalls für die Unternehmen erhebliche Mehrbelastungen bringen, auch hier bleibt die Landesregierung völlig untätig. Das ist unverantwortlich und zeigt, wie weit sich diese Landesregierung von der Realität im Land entfernt hat.

Daneben bricht eine weitere Welle von Teuerungen über die Bürgerinnen und Bürger herein: die Inflationsraten sind die höchsten seit 27 Jahren! Besonders die massiv steigenden Energiepreise machen den Menschen schwer zu schaffen. Vor diesem Hintergrund ist es unverantwortlich, dass der Staat bei unerwarteten Mehreinnahmen in Höhe von rund 60 Milliarden Euro in den nächsten vier Jahren die Abgaben und Steuern auf Energie nicht senkt. Immerhin beträgt der Staatsanteil bei Strom rund 40%, bei Treibstoffen geben die Verbraucher fast zwei Drittel an den Staat ab. Auch die Thüringer Landesregierung trägt erhebliche Mitverantwortung für all diese Steuererhöhungen, sie lässt all ihre Möglichkeiten, im Sinne der Verbraucher zu handeln, ungenutzt.

**21. Ordentlicher Landesparteitag des FDP-Landesverbandes Thüringen**  
**am 13. September 2008 in Zeulenroda**

Seite 2 von 9

Leitantrag

**Antragsinhalt:** Leitantrag – Die Kraft der Freiheit

**Antragsteller:** Uwe Barth, MdB, Patrick Kurth, Franka Hitzing, Lutz Recknagel und Landesvorstand

1 Die Auswirkungen all dieser Belastungen auf die Haushalte in Thüringen sind dramatisch. Zunehmend sind auch  
2 die Bezieher von mittleren Einkommen von existenziellen Sorgen betroffen, weil vom verdienten Geld immer we-  
3 niger tatsächlich übrig bleibt. An die dringend nötige individuelle Altersvorsorge ist unter diesen Umständen für  
4 viele Menschen nicht zu denken. Für diese Politik erhalten Landes- und Bundesregierung nun allmählich ihre Quit-  
5 tung. Zum ersten Mal seit vier Jahren ist die deutsche Wirtschaft im 2. Quartal 2008 geschrumpft. Es ist zu befürch-  
6 ten, dass das Wachstum der Volkswirtschaft mit einem prognostizierten Wert von +0,1% im kommenden Jahr  
7 praktisch zum Stillstand kommt. An dieser Entwicklung tragen Landes- und Bundesregierung eine erhebliche Mit-  
8 schuld. Nicht zuletzt ist aufgrund der massiv schwindenden Kaufkraft gesunkene Binnennachfrage eine wesentliche  
9 Ursache für diese Entwicklung.

10 Für die Thüringerinnen und Thüringer kommt es besonders dick. Städte wie Erfurt, Jena oder Gera rangieren bei  
11 den Kosten für Gas, Strom oder Müllabfuhr an der Spitze der teuersten Städte in Deutschland. Für den normalen  
12 Menschenverstand ist nicht nachvollziehbar, warum Bürger in Erfurt fast viermal so viel für die Entleerung ihrer  
13 Mülltonne zahlen müssen, wie etwa in Magdeburg. Diese Abgaben belasten gerade Familien mit Kindern und mit  
14 kleinen oder mittleren Einkommen enorm. Schließlich verdient ein Thüringer pro Monat rund 800 Euro weniger  
15 Brutto als ein durchschnittlich Vollzeitbeschäftigter in Deutschland.

16 Vor diesem Hintergrund braucht sich niemand über die nach wie vor hohe Anzahl von Abwanderern aus Thürin-  
17 gen und den bereits einsetzenden Fachkräftemangel zu wundern. Die Zahlen sind höchst alarmierend: Das Berliner  
18 Institut für Bevölkerungsentwicklung berechnete, dass der Freistaat in den nächsten 22 Jahren über 400.000 Ein-  
19 wohner verlieren wird. Selbst entlegen Gebiete in Rumänien und Bulgarien stehen in dieser europaweiten Studie  
20 besser da. Besonders hoch ist der prognostizierte Rückgang der Bevölkerung im erwerbstätigen Alter. Die Folgen  
21 dieser Entwicklung wären verheerend. Steuereinnahmen brechen weg, die Kaufkraft schrumpft, dringend benötigter  
22 Nachwuchs fehlt und die Thüringer Unternehmen verlieren an Wettbewerbsfähigkeit. Im Sommer 2008 bewarben  
23 sich 25% weniger Jugendliche um eine Lehrstelle als noch ein Jahr zuvor. Es wird einen starken Wettbewerb um  
24 Qualifizierte geben, bei dem insbesondere auf kleinere Unternehmen – die die Thüringer Wirtschaft maßgeblich  
25 prägen – erhebliche Probleme zukommen. Die Landesregierung hat an dieser Stelle völlig versagt. Lethargisch und  
26 desinteressiert hat sie offenbar keine Lösung für das Abwanderungsproblem entwickelt.

27 Bereits vor der Landtagswahl 2004 hat die Thüringer FDP die Abwanderung als existenzielles Problem für Thürin-  
28 gen erkannt und angesprochen. Damals verließen rund 30 Menschen täglich das Land, nunmehr sind es 37 Abwan-  
29 derer Tag für Tag. Das Problem hat sich vergrößert. Ein Nachwendephänomen ist dies lange nicht mehr. Die Ab-  
30 wanderung ist ein strukturelles Problem. Die CDU trägt dafür die Hauptverantwortung.

31 Im Kampf gegen Abwanderung und Arbeitslosigkeit spielen mittelständische Unternehmen eine Schlüsselrolle. Sie  
32 schaffen und sichern Arbeits- und Ausbildungsplätze, sind flexibel und innovativ und können bei günstigen Rah-  
33 menbedingungen dafür sorgen, dass sich das Lohnniveau langsam verbessert. Jedoch war die Regierung Althaus

**21. Ordentlicher Landesparteitag des FDP-Landesverbandes Thüringen**  
**am 13. September 2008 in Zeulenroda**

Seite 3 von 9

Leitantrag

**Antragsinhalt:** Leitantrag – Die Kraft der Freiheit

**Antragsteller:** Uwe Barth, MdB, Patrick Kurth, Franka Hitzing, Lutz Recknagel und Landesvorstand

1 nicht in der Lage, die Potenziale der kleinen und mittleren Unternehmen in Thüringen auszuschöpfen. Zu hohe  
2 Kosten durch Steuern, Abgaben und Energiepreise, unnötiger Verwaltungs- und Bürokratieaufwand, insbesondere  
3 eine Vielzahl unsinniger Statistiken, sowie eine konzeptlose Förderung des Wissen- und Technologietransfers brem-  
4 sen die Entwicklung des innovativen Thüringer Mittelstandes. Viel zu wenig konnte die Thüringer Wirtschaft von  
5 dem weltweiten konjunkturellen Aufschwung profitieren. Im Vergleich zu allen anderen „Neuen Ländern“ wies  
6 Thüringen beim Bruttoinlandsprodukt wie auch bei der Bruttowertschöpfung 2007 die geringsten Wachstumsraten  
7 auf! Gleichzeitig sind die Forschungs- und Entwicklungsausgaben in Thüringer Unternehmen unterproportional  
8 gewachsen und liegen deutlich unter denen westdeutscher Unternehmen. Setzt sich diese Entwicklung fort, dann  
9 verlieren besonders kleine und mittelständische Unternehmen aus Thüringen immer mehr Boden gegenüber inlän-  
10 discher, vor allem aber europäischer und weltweiter Konkurrenz.

11 Eng verflochten mit dem geringen Erfolg der CDU-Wirtschaftspolitik ist das Problem der Bürokratie- und Verwal-  
12 tungskosten. Nachweislich verursachten dreiviertel aller Gesetze nach 2005 höhere Bürokratiekosten. Bis zu 4000  
13 Euro pro Arbeitsplatz muss ein Thüringer Unternehmen im Durchschnitt jährlich an Bürokratieaufwand tragen.  
14 Hinzu kommt der erhebliche Zeitaufwand für unübersichtliche und komplizierte Genehmigungs- und Vergabever-  
15 fahren. Doch unnötige Bürokratie- und Verwaltungskosten belasten auch den ohnehin sehr instabilen Landeshaus-  
16 halt. Die Landesregierung hat es nicht geschafft, die ca. 40.000 Landesaufgaben nennenswert zu reduzieren. Es ist  
17 nicht einmal gelungen, ein geeignetes Verfahren zur Bürokratiekostenmessung durchzuführen, um überflüssige  
18 Kostentreiber in der Verwaltung zu identifizieren.

19 Wer sich dem Fachkräftewettbewerb erfolgreich stellen und Arbeitslosigkeit sowie Abwanderung bekämpfen will,  
20 muss eine innovative und selbsttragende mittelständische Wirtschaft fördern, hervorragende Standortfaktoren bie-  
21 ten und marktgerechte Löhne zahlen. Die Pläne der Landesregierung zum Kulturabbau haben dem Standort Thü-  
22 ringen erheblichen Schaden zugefügt. Auch wenn sie – letztlich durch großen öffentlichen Druck – diese radikalen  
23 Vorhaben nicht umsetzte – der Flurschaden in der Außenwirkung bleibt. Ein weiteres verheerendes Signal sendete  
24 die Landesregierung aus, als sie den Etat für das Ministerium für Soziales, Familie und Gesundheit um neun Millio-  
25 nen Euro kürzte und dafür das Innenministerium um satte acht Millionen aufstockte.

26 Schaden ist ebenso durch die sogenannte „Familienoffensive“ entstanden. Seit dem Inkrafttreten haben die Kitas  
27 mit erheblichen Personalengpässen sowie mit drastischen Einsparungen zu kämpfen. Zwischen 2005 und 2007  
28 wurden etwa 600 Vollzeitstellen abgebaut. Außerdem unterlagen Kindergärten und Kinderkrippen Kürzungen in  
29 Höhe von 28 Mio. Euro. Das hat dazu geführt, dass alle Neuen Länder, außer Sachsen, bessere Betreuungsquoten  
30 bei unter Drei-jährigen aufweisen können.

31 Nur mit der FDP wird Thüringen in Zukunft zu den leistungsfähigen, freien und lebenswerten Regionen gehören.  
32 Der Freistaat hat ein hohes Potential. Flexibilität, Leistungsbereitschaft und Ideenreichtum – dafür muss Thüringen

**21. Ordentlicher Landesparteitag des FDP-Landesverbandes Thüringen**  
**am 13. September 2008 in Zeulenroda**

Seite 4 von 9

Leitantrag

**Antragsinhalt:** Leitantrag – Die Kraft der Freiheit

**Antragsteller:** Uwe Barth, MdB, Patrick Kurth, Franka Hitzing, Lutz Recknagel und Landesvorstand

1 wieder stehen. Die FDP begreift die bestehenden Herausforderungen als Chance für eine befreiende Politik der  
2 Innovation und Zukunftsgestaltung.

3 **Thüringen liberal**

4 *Für eine gerechte Gesellschaft*

5 Gerechtigkeit ist einer der zentralen Werte in unserer Gesellschaft Gerechtigkeit zu sichern ist eine der zentralen  
6 Aufgaben zukunftsorientierter Politik. Doch gerade der Begriff der Gerechtigkeit wird von Bauernfängern und Popu-  
7 listen vielfach missbraucht und missdeutet.

8 Die Gerechtigkeit beschreibt die Handlungsnormen für ein vernünftiges gesellschaftliches Zusammenleben. Der  
9 mündige Bürger hat das Recht und das Bedürfnis auf gerechte Behandlung, die Politik hat die Verantwortung durch  
10 gerechte Entscheidungen das Vertrauen in die Demokratie beim Bürger zu stärken.

11 Nicht nur das Wort Gerechtigkeit, sondern das Gefühl für Gerechtigkeit ist für die Bürger von Bedeutung.

12 Für Liberale bedeutet Gerechtigkeit vor allem Chancen- und Leistungsgerechtigkeit. Gleichverteilung hat hingegen  
13 mit Gerechtigkeit nichts zu tun. Im Gegenteil: (Gleich-)verteilung ist die höchste Form der Ungerechtigkeit.

14 Nicht einmal mehr Fachleute durchschauen den bürokratischen Sozialleistungs-Dschungel. Nur die Cleveren profi-  
15 tieren von der jetzigen Situation. Eine wirkliche Hilfe für die auf die solidarische Unterstützung der Gemeinschaft  
16 angewiesenen Bedürftigen ist damit nicht möglich. Statt der Förderung von Eigeninitiative und der Hilfe zur Selbst-  
17 hilfe werden Pauperismus, Initiativlosigkeit und Desintegration einer zahlenmäßig großen Bevölkerungsschicht  
18 befördert. Dies gefährdet den Sozialstaat und die Demokratie in der Bundesrepublik. Es schwächt zugleich die we-  
19 sentliche Quelle des wirtschaftlichen Erfolges Deutschlands – die Leistungsfähigkeit seiner Wirtschaft und die be-  
20 rufliche Qualifikation und den Fleiß seiner Menschen.

21 Immer mehr Bürgerinnen und Bürger in Thüringen verlieren daher das Vertrauen in einen fairen und gerechten  
22 Staat. Ihr verfügbares Einkommen reicht oft kaum für das alltägliche Leben – von Vorsorge ganz zu schweigen. Die  
23 Abgabenlast steht der Stärkung der Binnenkonjunktur, der Konsolidierung des Wirtschaftsaufschwungs und der  
24 Entstehung neuer Arbeitsplätze im Weg.

25 Gleichermäßen hat die Thüringer FDP erkannt, wie sehr die stetig steigenden Energiepreise gerade Berufspendler,  
26 Unternehmen, Speditionen, vor allem aber Familien mit mittleren und geringen Einkommen stark belasten. Daher  
27 fordern wir unter anderem:

28 - Ein einfaches und gerechtes Steuersystem mit einem Drei-Stufen-Tarif bei der Einkommenssteuer,

**21. Ordentlicher Landesparteitag des FDP-Landesverbandes Thüringen**  
**am 13. September 2008 in Zeulenroda**

Seite 5 von 9

Leitantrag

**Antragsinhalt:** Leitantrag – Die Kraft der Freiheit

**Antragsteller:** Uwe Barth, MdB, Patrick Kurth, Franka Hitzing, Lutz Recknagel und Landesvorstand

- 1       - die Absenkung des Mehrwertsteuersatzes auf Energie von 19 Prozent auf 7 Prozent,
- 2       - die Abschaffung der so genannten Ökosteuer und
- 3       - die Senkung der Stromsteuer.

4 Das leistungsgerechte Bürgergeld ist als Teil eines integrierten Steuer-Transfersystems gedacht. Es schafft ein für die  
5 Bürger transparentes System staatlicher Sozialleistungen und sichert die materiellen Lebensgrundlagen aller Bürger,  
6 die über kein ausreichendes Einkommen verfügen. Das Bürgergeld belohnt stärker als heute die Aufnahme eigener  
7 Erwerbstätigkeit und es baut in hohem Maße Bürokratie ab.

8 Ziel der Umgestaltung ist es, die Vielzahl an Sozialleistungen, die von unterschiedlichen staatlichen Stellen verwaltet  
9 werden, zu bündeln und durch eine Institution - das Finanzamt - auszuzahlen. Zu diesem Zweck sollen alle steuer-  
10 finanzierten Leistungen des Staates (Arbeitslosengeld II, Wohngeld, BAföG, etc.) in einem Universaltransfer - dem  
11 Bürgergeld - zusammengeführt werden. Das Bürgergeld wird mit der Einkommensteuer zu einem Steuer-Transfer-  
12 System aus einem Guss verbunden. Steuern und soziale Leistungen werden im Finanzamt miteinander verrechnet.  
13 Bürger mit höherem Einkommen zahlen Steuern an das Finanzamt. Bürger mit niedrigem oder keinem Einkommen  
14 erhalten das Bürgergeld als eine negative Einkommensteuer ausbezahlt. Nicht die Findigen, sondern die Bedürftigen  
15 sollen von einem solchen System der Hilfen aus einer Hand profitieren. Deshalb ist es für die FDP auch völlig klar,  
16 dass ein bedingungsloses Grundeinkommen nicht geben darf. Staatliche Hilfsleistungen sind Menschen vorbehalten,  
17 die nicht selbst für sich sorgen können. Wer nicht arbeiten will, soll auch keinen Anspruch auf Hilfsleistungen ha-  
18 ben.

19 Die Finanzierungsgrundlagen stellen die erheblichen steuerlichen Mehreinnahmen dar, die an zu vielen Stellen ein-  
20 fach verplempert werden. Es ist ein Märchen, dass der Staat kein Geld habe, der Staat hat Geld genug. Im Jahr 2007  
21 waren allein im Bundeshaushalt 50 Mrd. Euro Steuereinnahmen mehr zu verzeichnen, als geplant. Dass trotzdem –  
22 vor allem zu Lasten der nächsten Generationen 12 Mrd. Euro neue Schulden gemacht wurden, ist eine der größten  
23 und unverantwortlichsten Fehlleistungen der Bundesregierung aus CDU und SPD.

24 *Innovation und Mittelstand: Unsere Wirtschaftspolitik*

25 Die Thüringer Wirtschaft ist geprägt von mittelständischen Unternehmen und Handwerksbetrieben. Charakteris-  
26 tisch ist die Dominanz von kleinen Betrieben: Insgesamt haben in Thüringen fast 90 Prozent der Unternehmen  
27 weniger als 10 Beschäftigte. Sieht man von Behörden und öffentlichen Unternehmungen ab, repräsentieren die  
28 Beschäftigten der 100 größten Unternehmen in Thüringen nur rund 9 Prozent der Thüringer Arbeitnehmer. Diese  
29 Zahlen zeigen deutlich, dass kleine und mittelständische Unternehmen den entscheidenden Beitrag zur Schaffung  
30 und Sicherung von Arbeits- und Ausbildungsplätzen leisten. Die FDP wird diesen Unternehmen deshalb die beson-  
31 dere Aufmerksamkeit der Thüringer Wirtschaftspolitik zukommen lassen. Ziel ist es, das Handwerk und den Mit-

**21. Ordentlicher Landesparteitag des FDP-Landesverbandes Thüringen**  
**am 13. September 2008 in Zeulenroda**

Seite 6 von 9

Leitantrag

**Antragsinhalt:** Leitantrag – Die Kraft der Freiheit

**Antragsteller:** Uwe Barth, MdB, Patrick Kurth, Franka Hitzing, Lutz Recknagel und Landesvorstand

1 telstand zu fördern. Das tun wir, indem wir bürokratische Hindernisse beseitigen, den Wissenstransfer aus For-  
2 schung und Wissenschaft erleichtern, die Infrastruktur bedarfsgerecht ausbauen, die Ausbildungsfähigkeit der  
3 Schulabgänger gewährleisten und mittelstandsfeindliche Gesetzgebung des Bundes und der EU bekämpfen. Da-  
4 durch beleben wir das Thüringer Wirtschaftsgefüge nachhaltig. Die Thüringer Wirtschaft muss gegenüber dem glo-  
5 balisierten Wettbewerb konkurrenzfähig bleiben.

6 Eine gerechte Besteuerung ist nicht nur für Bürger sondern auch für Unternehmen wichtig. Die Steuerbelastung für  
7 Unternehmen darf das durchschnittliche Besteuerungsniveau der entwickelten Industrieländer nicht übersteigen,  
8 sonst ist die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft gefährdet. Eine gerechte Unternehmensteuer verhält  
9 sich neutral gegenüber Rechtsform-, Finanzierungs-, Investitions- und Umstrukturierungsentscheidungen in Unter-  
10 nehmen, nur so entsteht eine solide Eigenkapitalbasis. Für Unternehmen gleich welcher Rechtsform soll ein Zwei-  
11 Stufen-Tarif von 10% und 25% gelten.

12 Die Kompetenz für die Erbschaftsteuer soll auf die Länder übertragen werden. Die FDP Thüringen setzt sich dafür  
13 ein, die von Schwarz-Rot vereinbarte mittelstandsfeindliche Reform mit massiven Steuererhöhungen zu verhindern  
14 und die Erbschaftssteuer als leistungsfeindliche Substanzsteuer abzuschaffen.

15 *Verwaltung modernisieren – Bürokratie (er-)sparen*

16 Thüringen braucht weniger Bürokratie und mehr Freiheit. Die FDP Thüringen setzt sich dafür ein, dass die bil-  
17 dungs- und investorenfeindliche Bürokratie, entstehend durch Gesetze, Verordnungen und Verfahrensbestimmun-  
18 gen, abgebaut wird. Wir verstehen Bürokratieabbau nicht als Entlassungsprogramm von Beschäftigten der öffentli-  
19 chen Verwaltung. Wir wissen, dass es die Gesetze sind, die die Verwaltung zum oft unsinnigen und langwierigen  
20 Handeln zwingt. Gesetze, Verordnungen und Satzungen werden vom Landtag und den Kommunalparlamenten –  
21 also von der Politik selbst – beschlossen. Diejenigen, die die Menge der Regelungen am lautesten beklagen, sind  
22 selbst dafür verantwortlich!

23 Damit wir in Thüringen eine effektiv arbeitende und bezahlbare Verwaltung bekommen, müssen wir die Kosten-  
24 treiber unter den Gesetzen und Vorschriften ausfindig machen. Durch ein geeignetes Verfahren zur Bürokratiekos-  
25 tenmessung lassen sich die Gesetze, Regelungen oder Verordnungen ausfindig machen, die sich in der Praxis für alle  
26 Beteiligten, auch für die Verwaltung als Kostentreiber herausstellen. Gesetze oder ihre Ausführungsvorschriften  
27 müssen weg, wenn mit ihnen Zeit-, Personal- und damit Kostenaufwand verursacht wird, der den Ertrag nicht  
28 rechtfertigt. Andere Länder haben dies erfolgreich vorgemacht. Mit der FDP wird Thüringen endlich mit der Identi-  
29 fizierung und dem Abbau der Kosten und damit Schuldentreiber beginnen. Wir stellen die Frage, wie viele der etwa  
30 40.000 Landesaufgaben wirklich notwendig sind.

**21. Ordentlicher Landesparteitag des FDP-Landesverbandes Thüringen**  
**am 13. September 2008 in Zeulenroda**

Seite 7 von 9

Leitantrag

**Antragsinhalt:** Leitantrag – Die Kraft der Freiheit

**Antragsteller:** Uwe Barth, MdB, Patrick Kurth, Franka Hitzing, Lutz Recknagel und Landesvorstand

1 Die FDP Thüringen setzt sich für eine nachhaltige Verwaltungsmodernisierung mittels elektronischer Medien (E-  
2 Government) in Thüringen ein. So lassen sich mit Hilfe des Internets viele Behördengänge sparen, vor allem Unter-  
3 nehmen aber auch Bürger würden merklich entlastet. Die bisher vorgelegten Pläne der Landesregierung sind inak-  
4 zeptabel und werden dem Anspruch Thüringens im Medienzeitalter nicht mehr gerecht. Eine zeitgemäße Strategie  
5 im Bereich des E-Government erschöpft sich nicht in der Abbildung von Verwaltung im Internet, vielmehr muss  
6 der positive Effekt für den Bürger sichtbar zutage treten.

7 Die beschränkten Öffnungszeiten der Behörden sind zudem oftmals ein Hemmnis für die Berufsausübung von  
8 Selbständigen, zusammen mit oft langen Wegen aber ein erhebliches Ärgernis gerade auch für ältere Menschen.  
9 Bürgerbüros stehen in größeren Städten bereits heute für viele verschiedene Verwaltungsaufgaben als Anlaufpunkt  
10 zur Verfügung. In ländlichen Gebieten sind mobile Bürgerbüros notwendig, um auch dort für eine bürgerfreundli-  
11 che Verwaltung zu sorgen.

12 Weiterhin konzentrieren sich unsere Bemühungen vor allem darauf, Bürokratie- und Verwaltungskosten in mittel-  
13 ständischen Unternehmen abzubauen. Hierbei bekräftigt die FDP Thüringen ihr Ziel, dass es für potentielle Inves-  
14 toren bei Genehmigungsverfahren künftig nur noch eine zentrale Anlaufstelle gibt. Damit sparen Investoren und  
15 Existenzgründer Zeit und Geld. Die Genehmigungsverfahren werden vereinfacht und verkürzt. Reagiert eine Be-  
16 hörde nicht innerhalb einer festgelegten Frist auf einen Genehmigungsantrag, gilt dieser als automatisch erteilt.  
17 Auch Anträge auf Förderungen, Subventionen o. ä. werden künftig nur an einer zentralen Stelle zu beantragen sein.

18 *Attraktive Lebensbedingungen in Thüringen schaffen! Liberale Bildungs- und Familienpolitik*

19 Kinderlärm ist Zukunftsmusik. Das muss die Grundeinstellung unserer Gesellschaft zu Kindern sein. Unser Land  
20 braucht Kinder und Familien, nicht nur um den negativen Auswirkungen der Gesellschaftsveränderung zu bege-  
21 gen.

22 Kinder, insbesondere Kleinkinder sind auf Fürsorge und Betreuung vor allem durch ihre Eltern unbedingt angewie-  
23 sen. Der Staat ist verpflichtet, dort Hilfe zu leisten, wo Eltern ihren Aufgaben nicht gewachsen sind. Um Defizite  
24 rechtzeitig zu erkennen, sind Vorsorgeuntersuchungen ein geeignetes Mittel. Kindesvernachlässigung wird oft zu  
25 spät erkannt, weil Eltern diese Untersuchungen nicht wahrnehmen. Dies kann vermieden werden, indem die Teil-  
26 nahme an den Untersuchungen verbindlich und das Fernbleiben – zum Beispiel durch Kürzung des Kindergeldes –  
27 sanktioniert wird.

28 Wir Liberale werden uns im Thüringer Landtag dafür einsetzen, dass gerade die im Bereich der frühkindlichen Bil-  
29 dung und Betreuung dringend notwendigen Verbesserungen endlich angegangen werden. Es muss mehr qualifizier-  
30 tes Personal, bessere Arbeitsbedingungen und längere Öffnungszeiten geben. Die Akademisierung der Ausbildung  
31 von Kindergartenbetreuern ist mit Blick auf die Bedeutung der frühkindlichen Entwicklungsphase ein unumgängli-  
32 ches Erfordernis. Gleichmaßen setzt sich die Thüringer FDP dafür ein, dass die qualifizierte Tagespflege gleich-  
33 rangig neben der institutionellen Krippenbetreuung in die staatliche Förderung einbezogen wird. Der Ausbau des

**21. Ordentlicher Landesparteitag des FDP-Landesverbandes Thüringen**  
**am 13. September 2008 in Zeulenroda**

Seite 8 von 9

Leitantrag

**Antragsinhalt:** Leitantrag – Die Kraft der Freiheit

**Antragsteller:** Uwe Barth, MdB, Patrick Kurth, Franka Hitzing, Lutz Recknagel und Landesvorstand

1   Angebots an alternativen Tageseinrichtungen im Zusammenhang mit dem Bildungsgutschein wird gefördert. Jeder  
2   muss das Wahlrecht auf die für ihn geeignete Form der Kinderbetreuung und der Einrichtung haben, Kinder-  
3   betreuung muss für junge Familien finanziell verkraftbar sein und darf nicht zum Haushaltsproblem werden. Unser  
4   Ziel ist es, gebührenfreie Kindertagesplätze in einem rein steuerfinanzierten Modell der Kindertagesbetreuung ein-  
5   zuführen.

6   Gerechtigkeit und Chancengleichheit im Bildungssystem sind die Grundlage für die zukunftsorientierte Weiterent-  
7   wicklung Thüringens. Alle Kinder müssen zu Beginn ihrer Schulkarriere die gleichen Ausgangsbedingungen haben.  
8   Die Thüringer FDP setzt sich für ein obligatorisches Vorschuljahr für alle Kinder ein, um diese Chancengleichheit  
9   zu gewähren.

10   Nur durch massive Investitionen in unser Bildungssystem wird Thüringen perspektivisch an Wettbewerbsfähigkeit  
11   gewinnen. Dazu gehört neben der dringend erforderlichen Verbesserung des baulichen Zustandes vieler Schulen  
12   und Kitas auch die Bezahlung der Pädagogen. Eine angemessene und gerechte Entlohnung der Pädagogen in Thü-  
13   ringen und die Veränderung der jetzigen Situation in den Lehrerzimmern Thüringer Schulen

14   Wir Liberalen unterstützen die jüngeren Generationen dabei, sich wieder bewusst für Kinder und Familie zu ent-  
15   scheiden, ohne dies als Gefährdung eigener Vorstellungen, der eigenen Lebens- oder Karriereplanung zu empfin-  
16   den.. Kinder dürfen kein Armutsrisiko darstellen. Grundlagen einer tragfähigen Familien- und Kinderpolitik sind  
17   eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie eine Entlastungen der Familien bei Beiträgen, Abgaben und  
18   Steuern.

19   Ein neues, leistungsgerechtes Steuerrecht ist besonders für die Familien dringend notwendig: Beim liberalen Kon-  
20   zept einer gerechten Steuer gewinnen Familien in mehrfacher Hinsicht. Ehepartner erreichen die jeweils nächst  
21   höhere Tarifstufe bei doppeltem Einkommen. Die Einführung eines Grundfreibetrags von 8.000 Euro pro Person,  
22   also gleichermaßen für Erwachsene und Kinder, bedeutet für viele Familien, dass sie gar keine Einkommensteuer  
23   mehr zahlen müssen. Das Kindergeld wird auf 200 Euro pro Kind und Monat für die Familien angehoben, die den  
24   Kinderfreibetrag wegen zu geringen Einkommens nicht nutzen können. Unter Berücksichtigung der Werbungskos-  
25   tenpauschale und der Abzugsfähigkeit der Vorsorgeaufwendungen ist eine vierköpfige Familie bis zu einem Famili-  
26   eneinkommen von 40.700 Euro steuerfrei. Kinderbetreuungskosten und Pflegekosten können bis zu 12.000 Euro  
27   im Jahr gegen Nachweis der Kosten von der Steuer abgesetzt werden. Im Ergebnis heißt das: Mehr Netto, mehr  
28   finanzieller Spielraum und damit mehr Freiheit für die Gestaltung des Familienlebens.

29   **Fazit**

30   Für uns Thüringer Liberale ist mehr Gerechtigkeit in unserer Gesellschaft ein Kernthema.



**21. Ordentlicher Landesparteitag des FDP-Landesverbandes Thüringen**  
**am 13. September 2008 in Zeulenroda**

Seite 9 von 9

Leitantrag

**Antragsinhalt:** Leitantrag – Die Kraft der Freiheit

**Antragsteller:** Uwe Barth, MdB, Patrick Kurth, Franka Hitzing, Lutz Recknagel und Landesvorstand

1 Wir verstehen unter Gerechtigkeit jedoch nicht die Verteilung fremden Geldes. Es ist eben nicht gerecht, wenn  
2 Menschen unterschiedlich viel leisten und im Ergebnis staatlicher Verteilung gleich viel – in Wahrheit gleich **wenig**  
3 - haben.

4 Es ist gerecht, wenn die, die arbeiten mehr haben als die, die nicht arbeiten.

5 Es ist gerecht, wenn der der arbeitet, vom Ertrag seiner Arbeit sich und seine Familie ernähren kann.

6 Es ist gerecht, wenn sich jeder nach seiner Leistungsfähigkeit an den Kosten des Staates – des Sozialstaates – betei-  
7 ligt.

8 Es ist gerecht, wenn der, der nicht arbeiten kann, mit staatlicher Hilfe ein menschenwürdiges Dasein führen kann.

9 Gerechtigkeit ist vor allem Chancen- und Leistungsgerechtigkeit. Menschen Chancen zu bieten und ihnen die Mög-  
10 lichkeit zu geben, Chancen zu nutzen, hier ist auch der Staat gefordert, von der frühkindlichen Bildung über Schule  
11 bis zur Hochschule und Berufsausbildung muss der Staat Sozialauslese verhindern und Chancengleichheit – nicht  
12 Ergebnisgleichheit – sichern. Eine gerechte Besteuerung im Arbeitsleben, bei Angestellten und Unternehmen und  
13 eine gerechte Altersversorgung – das sind die **Kernaufgaben des Staates**.

14 Seine Chancen zu nutzen, durch lebenslanges Streben nach guter Bildung und Ausbildung sich selbst gute Voraus-  
15 setzungen zu erarbeiten, durch Fleiß und Beharrlichkeit Erfolg für sich zu erarbeiten - angestellt oder selbständig -  
16 und mit diesem Erfolg für sich und die Seinen zu sorgen – das sind die **Kernaufgaben jedes einzelnen Men-**  
17 **schen**.

18 Diese Aufgabenverteilung ist liberales Grundverständnis, diese Aufgabenverteilung entspricht auch der Mentalität  
19 der Thüringerinnen und Thüringer. Das ist Thüringen-gerechte Politik!

---

angenommen:

abgelehnt:

überwiesen: